Nr. 99 Freitag, 4. Juni 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mk Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wahlenthaltung ist gleich Streikbruch!

Auf jede Stimme kommt es an!

Die Revolution hat dem deutschen Volke das Wahlrecht gebracht, damit es sich selbst regiere. Die Koalitionsparteien: Zentrum, Demokraten und Rechtssozialisten, haben es darum betrogen, indem sie eine Verfassung schufen, die die Macht in die Hand des Präsidenten legt. Die Verfassung ist auf die Wiedereinführung der Monarchie eingerichtet. An die Stelle des Präsidenten braucht nur ein Monarch zu treten, dann ist das alte verruchte Hohenzollernreich wieder da.

Der Reichspräsident ernennt den Reichskanzler und die Minister und entläßt sie, genau wie Wilhelm II. es tat.

Der Präsident ist Oberbefehlshaber des Heeres; genau wie Wilhelm II. es war.

Der Präsident ernennt und entläßt die Offiziere; genau wie einst Wilhelm II.

Der Präsident ernennt die Botschafter und beruft sie ab und beglaubigt die fremden Botschafter; genau wie Wilhelm II.

Der Präsident schließt mit dem Auslande Verträge; genau wie Wilhelm II.

Der Präsident verhängt über das Reich oder Teile davon den Belagerungszustand und setzt Standgerichte ein; genau wie Wilhelm II.

Nur in einem Punkte unterscheidet sich die Machtvollkommenheit des republikanischen Präsidenten vom „Gottesgnadenkaiser“:

Der Präsident kann mit einem Federstrich die Grundrechte des Volkes, die Rechtssicherheit der Person, die Vereins-, Versammlungs- und Preßfreiheit außer Kraft setzen und es völlig rechts- und wehrlos machen, dies konnte Wilhelm II. nicht.

Der Vorsitzende der rechtssozialistischen Fraktion, der Abgeordnete Löbe, erklärte bei der Schlußberatung der Verfassung, daß der bürgerliche Block sich gegen den Sozialismus gestellt hat. „Die Rechtssozialisten stimmten nur zu in dem Vertrauen, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein werden als die papiernen Hindernisse, die damit errichtet werden.“

Wohlan, auf jede Stimme kommt es an, damit das Bollwerk gegen den Sozialismus beseitigt und dem Volke sein Recht wieder gegeben wird.

Nur in der Wahl unabhängiger sozialdemokratischer Abgeordneter liegt die Garantie zu diesem Fortschritt.

Auf jede Stimme kommt es an!

Schaut ihnen auf die Fäuste!

Es ist eine gute alte Regel, die der Feldherr Wallenstein seinen Zeitgenossen gab, als er sie aufforderte, den viel versprechenden Schwedenkönig Gustav Adolf nicht aufs Maul, sondern auf die Fäuste zu schauen. Das Wort hat heute nach rund 300 Jahren noch volles Gewicht. Es gilt besonders im Wahlkampf, wo die Parteien der sogenannten Ordnung, die ihre wahren Ziele vor den Wählermassen verstecken müssen, um so freigebiger sind mit zuckersüßen Verheißungen und Versprechungen.

Bekanntlich gibt es im bürgerlichen Lager seit der Revolution nur noch „Volks“parteien. Mit dem Kaisertum verschwanden die Konservativen, die Nationalliberalen, die Fortschrittler und eine Zeitlang sogar das Zentrum, das wegen seines kirchlichen Rückhaltes selbst in den stärksten Schwankungen der Zeit am ehesten die Mummerei als Volkspartei entbehren konnte. An Stelle der alten kapitalistischen Parteien wuchsen plötzlich die Volksparteien auf dem Boden wie Pilze nach dem warmen Sommerregen. Konservative und Antisemiten stellten sich der erstaunten Welt als Deutschnationale Volkspartei vor, die Rechtsnationalliberalen verwandelten sich blitzschnell in die Deutsche Volkspartei und die Linksnationalliberalen und Fortschrittler präsentierten sich als die funkelnagelneue Demokratische Partei. Alle diese Parteien wollten von den Sünden ihrer Mutterparteien sich durch die bloße Umtaufe reinigen. Oder vielmehr, sie möchten diejenigen, die nicht alle werden, dazu überreden, an eine völlige innere Umwandlung und Gesinnungsänderung dieser Parteien zu glauben.

Die Deutschnationalen sind nach dieser Fiktion gänzlich unschuldig an den volksfeindlichen Handlungen der konservativen Partei. Sie wissen nichts mehr von der Feindschaft der Konservativen gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht, sie wollen keine Verantwortung dafür tragen, daß die Junkerpartei noch bis in das Jahr 1918 hinein dem preußischen Volke die Gleichberechtigung im Wahlrecht verweigerte. Und die Deutsche Volkspartei weiß nichts mehr von den gleichen Sünden der Nationalliberalen. Und die beiden Parteien und die Demokraten haben nichts mehr in sich von der alten Feindschaft ihrer Stammparteien gegen das Wahlrecht der Frau.

So versichern sie ein über das andere Mal. Aber wer nicht an Wunder glaubt, der wird nicht annehmen, daß eine Revolution, die sehr gegen den Willen dieser Parteien ausbrach, eine so radikale Gesinnungswandlung hervorbringen könnte. Und wenn man die volksparteiliche Vermummung ein wenig lüftet, so findet man darunter auch die alten unverfälschten Parteien der Junker und Kapitalisten, wie sie vor der Revolution waren. Sie machen notgedrungen ihre Kratzfüße den „gegebenen Tatsachen“. Aber im innersten Herzen denken sie wie früher und wünschen nichts sehnlicher, als daß sie den durch den 9. November geschaffenen Tatsachen den Hals umdrehen könnten.

In einem Punkte, den sie allerdings bei der Wahlagitation nicht gerade beflissen in den Vordergrund stellen — in ihren Wahlaufrufen und Flugblättern schweigen sie darüber wie das Grab — geben die beiden „Volks“parteien das auch schon zu. Sie wollen die Republik beseitigen, sie wollen das Kaisertum der Hohenzollern wieder aufrichten. Daß das nicht nur eine bloße Firmenänderung sein soll, versteht sich. Um der schönen Augen der Hohenzollern wegen würden die Herren Großgrundbesitzer und Großindustriellen nicht einen Finger rühren. Das Kaisertum soll die Aufrichtung der alten Herrenwirtschaft wieder bringen, soll die „Autorität“ im Staat wie im Betrieb wieder aufrichten, die Autorität des Adels, der Offiziere, der Polizei, des Unternehmers, soll die Knechtung und Knebelung der arbeitenden Massen wiederbringen. Das ists, was sich hinter der Sehnsucht nach der monarchistischen Spitze verbirgt.

An Handlungen der beiden „Volks“parteien, die dieses Ziel deutlich erkennen lassen, fehlt es nicht. Schon eine flüchtige Durchsicht ihrer Abstimmungen in der Nationalversammlung liefert Belege genug. Beide Parteien waren die erbittertsten Gegner der direkten Steuern der Erzbergerschen Finanzvorlagen. Sie wehrten sich verzweifelt gegen die noch viel zu schonende Belastung des Besitzes und der großen Einkommen, sie wollten, daß ein noch viel größerer Teil der ungeheuern Steuerlast, die uns durch ihre Schuld, durch den auf ihr Sündenkonto kommenden Krieg und den Gewaltfrieden auferlegt wurde, durch indirekte Auflagen, durch die Verteuerung der ohnehin schon zu wahnsinniger Preishöhe hinaufgetriebenen Lebensmittel und Gebrauchsartikel den arbeitenden Massen aufgewälzt würde. Sie haben gegen die Sozialisierungsgesetze gestimmt, obgleich sie in ihrer Schwächlichkeit den Bourgeois gar nicht

Die blinde Regierung.

Ein Protestschritt der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Vollversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission hat gestern abend nach einem Referat des Genossen Rusch folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Nachdem die Berliner Gewerkschaftskommission bereits am 22. April Stellung genommen hat zu dem Wortbruch des preußischen Ministeriums über die Einstellung der Vertrauensleute der Gewerkschaften in die Sicherheitspolizei, ist nunmehr die Angelegenheit soweit gediehen, daß es unmöglich ist, die Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission in dem von den am Generalstreik beteiligten Organisationen gebildeten Wehrausschuß noch weiter zu belassen. Nachdem erneut Verhandlungen seitens des Wehrausschusses mit dem preußischen Ministerium des Innern verlangt worden sind, hat dasselbe nach vierzehntägiger Wartezeit die Verhandlungen verschoben bis nach der Konferenz in Spa. Blind steht die Regierung den innerpolitischen Verhältnissen und dem Rüsten der Reaktionäre gegenüber. Die Durchführung des Punktes 6 der Abmachungen ist in keiner Weise eingehalten. An Stelle organisierter Arbeiter und Angestellter werden ehemalige Baltikumer und reaktionär-nationalistisch gesinnte Söldner angeworben. Wir müssen daher die Verantwortung angesichts der drohenden Gefahr ablehnen und den Minister des Innern und den Polizeipräsidenten für die jetzige Lage verantwortlich machen. Die organisierte Angestellten- und Arbeiterschaft machen sie auf die drohende Gefahr aufmerksam und ersuchen sie, ihr volles Augenmerk auf die Bestrebungen der Reaktionäre zu richten.“

Infolge dieses Beschlusses sind die der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Vertreter des Wehrausschusses und der Genosse Däumig aus der Wehrkommission ausgetreten.

Neues von der ostpreußischen Gefahr.

Waffen für 350 000 Mann.

Tilsit 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das vorliegende Verdachtmaterial für die Vorbereitungen eines reaktionären Putsches ist in allen Orten dasselbe: Ueberall sind geheime Waffenlager von unübersehbarer Größe. Man schätzt die Zahl der in Ostpreußen liegenden Waffen für etwa 350 000 Mann ausreichend. Geheime Treibereien der Reichswehr, verborgen in Zivil gehende ehemalige Offiziere in den Kasernen, nächtliche bewaffnete Truppentransporte, die auf das Land verschoben werden, Zusammenfassung der entlassenen Reichswehrangehörigen in wirtschaftliche Gruppen, mit denen die Städte zerniert werden, die nach Gruppengattungen und Abteilungen genau eingeteilt sind, Verteilung der Freikorpsentlassenen auf die Güter und ihre Einreihung in die Einwohnerwehren werden beobachtet. Während der Reichskommissar versucht, die Waffenlager aufzuheben, verschwinden diese spurlos auf den Gütern. Durch die Arbeitsvermittlungsstellen, gegen die der größte Verdacht am Platze ist, kommen neue angeworbene „Landarbeiter“ herein, die man nach ihrer militärischen Ausbildung und ihrer Fähigkeit in der Bedienung von Maschinengewehren befragt. Ueber alle diese Tatsachen besteht kein Zweifel, niemand wagt sie zu leugnen, sie sind zu offensichtlich nachgewiesen. Nur in der Beurteilung gehen die Ansichten auseinander. Während Unabhängige und Rechtssozialisten sowie zum Teil sogar die Demokraten davon überzeugt sind, daß es sich wohl um eine sorgfältige Organisation eines reaktionären Putsches handelt, behaupten die übrigen bürgerlichen Parteien, daß alle diese Maßnahmen lediglich auf die Furcht der Gutsbesitzer und des Militärs von den Bolschewisten und vor der Arbeiterschaft zurückzuführen seien. Dabei steht fest, daß auch nicht der Gedanke eines kommunistischen Putsches in Ostpreußen auftauchen kann, zumal es in der ganzen Provinz kaum 1000 Kommunisten geben dürfte. Die Entscheidung darüber, ob es in Ostpreußen in der Tat zu einem reaktionären Putschversuch kommen wird, liegt nicht bei den Gutsbesitzern, sondern in der Hauptsache bei den Militärs, die ganz offenbar ihr Weisungen von einer Zentrale aus dem Reiche erhalten.

Einberufung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wird die Einberufung des Reichswirtschaftsrates Mitte Juni stattfinden und zwar ist die erste konstituierende Sitzung für den 18. Juni in Aussicht genommen.

Russischer Vorstoß nach Armenien?

Berlin, 4. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: Ein verspätet aus Tiflis in London eingetroffenes Telegramm bestätigt, daß zwei russische Kavallerie-Regimenter die armenische Grenze überschritten haben und gegen Armenien vorrücken. Die armenische Regierung richtete einen offiziellen Protest nach Moskau und leitete Truppenbewegungen gegen den Feind ein.

Die Gewerkschaftsinternationale gegen die ungarische Reaktion.

Amsterdam, 3. Juni. Das Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes hat im Einvernehmen mit dem Generalrat der internationalen Transportarbeiterföderation, der am 31. Mai und 1. Juni in Amsterdam zusammengetreten war, beschlossen, von Sonntag, dem 20. Juni, an den vollkommenen Boykott gegen Ungarn zu verkünden. Von diesem Tage an soll jeder Verkehr mit Ungarn durch Eisenbahn, Schiff, Post, Telegraph oder welcher Art sonst als Protest gegen die Verfolgung der ungarischen Arbeiterschaft vollständig stillgelegt werden. Allen gewerkschaftlichen Landeszentralen, Transportarbeiter- und Eisenbahnerorganisationen werden entsprechende Anweisungen zugesandt. Ein an die Arbeiter aller Länder gerichtetes Manifest wird im Laufe der Woche erscheinen.

Zur Verhaftung Plattens.

Die bereits gemeldete Verhaftung des bekannten schweizerischen Sozialisten Platten erfolgte nach einer neueren Meldung aus Bern deshalb, weil Platten noch eine nach dem Generalstreik über ihn verhängte Gefängnisstrafe von sechs Monaten zu verbüßen hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200604/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG